



Leseprobe aus Fischer und Geene, Netzwerke in Frühen Hilfen und
Gesundheitsförderung, ISBN 978-3-7799-3497-4

© 2017 Beltz Verlag, Weinheim Basel

[http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-3497-4)

isbn=978-3-7799-3497-4

Jörg Fischer und Raimund Geene

Kommunale Modernisierung durch Netzwerke in Frühen Hilfen und Gesundheitsförderung

Eine Einleitung

Nicht nur die Kinder- und Jugendhilfe, auch das Gesundheitswesen befindet sich inmitten einer mehrfachen Modernisierung. In beiden Handlungsfeldern besteht die Gewissheit, den heutigen Ansprüchen einer umfassenden und adressatennahen Leistungserbringung nur gerecht werden zu können, wenn das Selbstverständnis weiterentwickelt wird: Notwendig ist ein eigener Zugang zu den Adressatinnen und Adressaten, vernetzte methodische Ansätze und ein handlungsfeldübergreifendes Miteinander der verschiedenen Institutionen. Dafür müssen konkrete Perspektiven vor Ort, im kommunalen Setting, entwickelt werden.

Diese strukturelle, methodische und institutionelle Modernisierung und Erweiterung geht einher mit einem Wandel der äußeren Bedingungen wie weltweiter und regionaler Wanderungsbewegungen, einer Veränderung im Verständnis von öffentlicher Verantwortung, zunehmender Armut und insgesamt steigender Ungleichheit zwischen armen und reichen Handlungsakteuren.

Die Dynamik der nunmehr flächendeckend etablierten kommunalen Netzwerke Frühe Hilfen sowie das seit 2016 vollständig in Kraft getretene Präventionsgesetz geben Anlass, bisherige Wege der Bedarfsermittlung und Angebotserstellung auf den Prüfstand zu stellen, bewährte Konzepte zu verbreitern und insgesamt nach neuen Wegen zu suchen. Dabei zeigen sich neben schwierigen Herausforderungen auch zahlreiche ermutigende Strategien und (Modell-)Projekte.

Anforderungen kommunaler Modernisierung

Die Gewährleistung der kommunalen Daseinsvorsorge, also die Bereitstellung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Dienstleistungen, ist die

zentrale Aufgabe der Städte, Gemeinden und Landkreise. Hinter dem Begriff der Daseinsvorsorge verbirgt sich eine Vielzahl von Leistungen in unterschiedlichen Politikfeldern, die von öffentlicher Sicherheit und Ordnung über soziale Sicherung und Bildung, Verkehr, Umwelt- und Naturschutz bis hin zu Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung reichen. Der Umfang und die Leistungstiefe der Daseinsvorsorge sind gesetzlich fixiert und für die Kommunen mit begrenzten Gestaltungsspielräumen verbunden. Diese Regeldichte in den einzelnen Rechtsfeldern und die damit verbundene Veränderungsintensität, aber auch Veränderungen in den lokalen Gegebenheiten sowie die Abhängigkeit von den Zuweisungen des Bundes und der Länder (zusätzlich zu den nicht ausreichenden kommunalen Einnahmen) stellen die grundsätzlichen Herausforderungen in der Sicherstellung der kommunalen Daseinsvorsorge dar. Darüber hinaus wird die Handlungsfähigkeit der Kommunen von gesellschaftlichen Veränderungsprozessen beeinträchtigt. Dazu gehören zunehmende gesetzliche Regulierungen, eine wachsende Ungleichheit der finanziellen Spielräume im kommunalen Vergleich sowie stark steigende Ausgaben, die im Hinblick auf die Einnahmewachse überproportional hoch sind und zu einem strukturellen Einnahmedefizit führen. Eine wichtige Rolle spielen aber auch sich verändernde Bedarfe. Tiefgreifende global oder transnational verankerte Prozesse wie der demografische Wandel, die Zunahme der Migration oder Umweltbelastungen erfordern Lösungen auch auf der lokalen Ebene.

Bisherige kommunale Planungs- und Lösungsansätze stoßen beim Versuch der Adaption an diese gesellschaftlichen Wandlungsprozesse deutlich an ihre Grenzen (vgl. Deutscher Städtetag 2011, Bogumil/Holtkamp 2013, Schubert 2013). Es zeigt sich: Wesentliche Aufgaben wie der Erhalt des kommunalen Leistungsangebotes, die Sicherung finanzieller Spielräume, die Bekämpfung von Armut, die Anpassung an die Folgen des demografischen Wandels, die Beseitigung von Bildungsbenachteiligung, der Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit oder auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie lassen sich nicht mehr eindimensional, sondern nur noch im querschnittorientierten Zusammenwirken der verschiedenen Akteure, Fachbereiche und Institutionen über Zuständigkeiten und institutionelle Versäulungen hinweg bearbeiten (vgl. Schubert 2008, Vahs 2003). Diese Erkenntnis ist flächendeckend vorhanden, größere Ungewissheiten sind jedoch mit zwei wichtigen Fragen verbunden: Welche Maßnahmen wirken tatsächlich und reichen die bisherigen Instrumente aus?

Eine große Herausforderung stellt das praktische Zusammendenken und Zusammenarbeiten zwischen den verschiedenen Politikfeldern und administrativen Zuständigkeitsbereichen dar. Klassisches kommunalpolitisches Handeln beruht auf dem Grundsatz, dass Handeln nur auf der Basis gesetzlicher Regelungen innerhalb der dafür vorgesehenen Strukturen legitim ist.

In der Praxis bedeutet dies bislang weitgehend eine Alleinzuständigkeit der damit befassten Institution. Die vorhandenen Bedarfe werden nur selten ganzheitlich im Sinne der Adressatinnen und Adressaten innerhalb eines zusammenhängenden Prozesses bearbeitet, sondern entsprechend der administrativen Logik – dem sog. „Amtsdenken“ – nach den jeweiligen Zuständigkeiten getrennt verteilt.

Dieses bisherige System der Wahrnehmung und Bearbeitung von Bedarfen gerät bei der Fokussierung von Problemen aus verschiedenen Gründen an seine Grenzen. Erstens ergeben sich aufgrund multikomplexer Ursachen und Erscheinungsformen meist mehrere administrative Zuständigkeiten. Zweitens erhöht sich durch gesetzliche Neuregelungen, wie zum Beispiel den Ausbau der Kindertagesstätten, ein verstärkter Bedarf an Regelungen aus einer Hand, um die Wirksamkeit der Angebote zu steigern. Hinzu kommen drittens politisch wie fachlich initiierte Bestrebungen, niedrigschwellige und frühzeitige Kontakte zu den Menschen im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge aufzunehmen, um teure Folgekosten zu vermeiden und die Angebote zielgenauer steuern zu können. Die damit verbundene Einbindung der Einwohnerinnen und Einwohner vor Ort durch Bürgerbefragungen, Bürgerhaushalte oder auch Willkommensbesuche für Neugeborene oder Neuzugewanderte sind Teil dieser Entwicklung.

Aus diesen skizzierten Prozessen in den Städten, Gemeinden und Landkreisen lässt sich eine Tendenz zur Modernisierung kommunalen Handelns ablesen. Viele Kommunen haben inzwischen erkannt, dass nur durch eine Veränderung im Sinne einer Anpassung an sich wandelnde Rahmenbedingungen die eigene kommunale Identität erhalten und die Gestaltungsfähigkeit auch in Zukunft sichergestellt werden kann (Rödter 2015, S. 37). Diese Anpassung beinhaltet eine inhaltliche wie auch eine methodische Komponente, die sich nicht voneinander trennen lassen, sondern in einem engen Zusammenhang zueinander stehen.

Vernetzung als neues Paradigma kommunalen Handelns

Auf dem Weg von der zuständigkeitsorientierten hin zu einer bedarfsgerechten Wahrnehmung und Bearbeitung von Problemlagen hat der Netzwerkansatz auf der methodischen Seite der kommunalen Modernisierung eine zentrale Funktion. Angesichts der dringenden Erfordernis zur stärkeren multiprofessionellen und interinstitutionellen Zusammenarbeit lässt sich dieser Ansatz weder auf ein eng begrenztes Handlungsfeld reduzieren, noch ist er als temporär zu verstehen. Insofern kann Netzwerkhandeln als ein neues Paradigma dargestellt werden (vgl. Böwer/Fischer 2014).

Das Konzept des Zusammendenkens und Zusammenhandelns beinhaltet neben der Stärkung von institutioneller Eigenverantwortung auch die Überwindung von rein bilateralen und oft eher zufälligen Formen der Kooperation. Angestrebt werden sollte eine systematische Vernetzung von Partnern auf der Basis gleicher Zielvorstellungen, freiwilliger Mitwirkung und einer Bereitschaft zu diskursiven Entscheidungsfindungen außerhalb klassischer hierarchischer Steuerungsformen. Netzwerkhandeln beruht auf einem multiprofessionell und interdisziplinär angelegten Lösungsansatz, der seine volle Wirkung aber nur dann entfalten kann, wenn neben der Einbindung von unterschiedlichen Professionellen und Institutionen auch die Adressantinnen und Adressaten einbezogen werden und das Steuerungshandeln an ihren Bedarfen ausgerichtet wird.

Die Ausgangsbedingungen für einen solchen Wandel sind günstig. Wichtige Vorteile der Vernetzung liegen in der Überwindung des fachlichen Tunnelblicks, der Nutzung von Synergieeffekten und der Erweiterung der fachlichen Analyse- und Handlungsmöglichkeiten aufgrund von interinstitutioneller Zusammenarbeit.

Die Implementierung von Vernetzungsstrukturen ist in einzelnen Handlungsfeldern bereits recht weit fortgeschritten. Lokale Bildungslandschaften, lokale Netzwerke Frühe Hilfen, Bündnisse für Familien oder lokale Präventionsnetzwerke finden sich im gesamten Bundesgebiet. So kann etwa in den Frühen Hilfen von einer flächendeckenden Etablierung von Netzwerken ausgegangen werden, die eine vernetzte Einbindung der potenziellen Partner, die Etablierung einer regelmäßigen Netzwerkarbeit und die Schaffung einer verbindlichen Netzwerkkoordination und -struktur einschließt (vgl. Sann/Küster 2013). Im Zwischenbericht des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH 2014) wird festgestellt, dass im ganzen Bundesgebiet bereits eine 97-prozentige Abdeckung mit Netzwerken erreicht worden ist.

Dennoch sind die Netzwerke generell trotz gesetzlicher Unterlegung wie etwa im Präventionsgesetz oder im Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz noch immer kein Selbstläufer. Ihre besondere Position zwischen den Strukturen innerhalb der Verwaltung und der Einbindung von externen Partnern, ihr Rollenverständnis außerhalb der herkömmlichen Hierarchien und ihr handlungsfeldübergreifendes Aufgabengebiet jenseits der üblichen Zuständigkeiten erweist sich auf der einen Seite als großer Vorteil bei der Suche nach neuen Lösungsansätzen, stellt aber auf der anderen Seite im Hinblick auf die Verortung innerhalb der klassischen Aufbau- und Ablauforganisation kommunaler Verwaltung eine erhebliche Herausforderung dar (vgl. Fischer 2014).

Modernisierung in Frühen Hilfen und Gesundheitsförderung

Wie andere Hilfesysteme bestehen Frühe Hilfen infolge der zuständigkeitsorientierten Abgrenzung auf horizontaler Ebene und der hierarchieorientierten Abgrenzung auf vertikaler Ebene (vgl. Schubert 2008, S. 21) tendenziell aus einem Flickenteppich aus verschiedenen, mehr oder minder aufeinander bezogenen Angeboten. Aus fachlicher und politischer Sicht bestehen drei zentrale Erwartungen an Netzwerke Frühe Hilfen:

- eine fachliche Verkoppelung von unterschiedlichen Professionen und Institutionen innerhalb eines Netzwerks auf lokaler Ebene,
- eine Überführung „verinselter“ Angebote in ein professionell und institutionell aufeinander bezogenes System Früher Hilfen und
- eine gemeinsame Ausrichtung aller vernetzten Angebote an den tatsächlichen Bedarfen von Müttern und Vätern mit Kindern bis zu drei Lebensjahren.

Diese Netzwerke Frühe Hilfen sind durch das Bundeskinderschutzgesetz normiert. Ihre Finanzierung erfolgt durch Bundesmittel von aktuell 51 Mio. Euro pro Jahr, die zukünftig über eine Bundesstiftung abgesichert werden sollen. Fachliche Grundpfeiler konnten inzwischen durch das Kompetenzprofil Netzwerkkoordination geschaffen werden. Das Kompetenzprofil wurde von einem Expertenteam aus Wissenschaft und Praxis entwickelt und beschreibt die fachlich qualifizierte Koordination in den Netzwerken Frühe Hilfen (Hoffmann/Mengel/Sandner 2014).

Damit sind die Frühen Hilfen der Gesundheitsförderung deutlich voraus, denn das Handlungsfeld der Gesundheitsförderung und Prävention, wie es sich nun als Begriffspaar darstellt, ist erst durch das Präventionsgesetz gesetzlich normiert worden. Die Zukunftsaufgabe kommunaler Gesundheitsförderung ist darin noch nicht klar definiert. Bislang gibt es auch noch keine Vereinbarungen, das in Nordrhein-Westfalen seit den 1990er-Jahren erfolgreich etablierte Modell Kommunaler Gesundheitskonferenzen bundesweit umzusetzen. Der Gestaltungsauftrag für die Gesundheitsförderung und Primärprävention liegt hier weder beim Bund noch bei den Kommunen, sondern bei den Gesetzlichen Krankenkassen, die als öffentlich-rechtliche Körperschaften halbstaatliche Akteure darstellen. Ihre Ausrichtung ist prinzipiell durch das Sozialgesetzbuch Fünftes Buch (SGB V) ausdifferenziert normiert. So sind die Krankenkassen per Soll-Bestimmung gehalten, kassenübergreifende Leistungen in Lebenswelten wie der Kommune zu erbringen. Doch durch den unmittelbaren Bezug zu ihren kasseneigenen Versicherten und die zwischen den Krankenkassen bestehende Wettbe-

werbsituation sind gegentendenzielle Anreize gegeben, die die Umsetzung deutlich erschweren (Geene/Reese 2016, S. 60f.).

Schlüsselbegriff Partizipation

Leitbild des Modernisierungsprozesses ist das neue Verhältnis zu den Adressatinnen und Adressaten mit dem Schlüsselbegriff „Partizipation“. Diese findet ihren Ausdruck unter anderem in der Suche einer empathischen Orientierung auf sozial benachteiligte Gruppen wie etwa Kinder aus Ein-Eltern-Familien oder mit Migrations- und Flüchtlingshintergrund, dem sich wandelnden Selbstverständnis bei der Wahrnehmung der kommunalen Daseinsvorsorge oder beim Aufbau institutioneller Strukturen wie kommunalen Präventions- und Bildungsketten. Wichtige Ziele der partizipativen Orientierung bestehen darin, die Handlungslegitimation zu erhöhen und die Angebote zu verbessern sowie insgesamt kommunale Gestaltungsfähigkeit zu erhalten und auszubauen.

Kommunale Gesundheitsförderung, kommunale Bildungslandschaften und Frühe Hilfen sind durch die Orientierung verbunden, den Fachkräften und Entscheidungsträgern in Bildung, Gesundheitswesen, Kinder- und Jugendhilfe erweiterte und veränderte Handlungsoptionen zu ermöglichen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen finanzieller Engpässe und gewachsener fachlicher wie gesetzlicher Ansprüche hat es einen besonderen Reiz, hier neue Perspektiven zu entfalten. Insofern sind die Handlungsfelder Frühe Hilfen und Gesundheitsförderung, auf die sich die Beiträge in diesem Band überwiegend fokussieren, als innovative Lern- und Experimentierfelder für kommunale Modernisierung zu begreifen.

Prozessorientierung durch Netzwerkbildung

Das Buch verfolgt den Anspruch, aus den dynamischen Veränderungen in den Frühen Hilfen und der Gesundheitsförderung heraus einen Zusammenhang zur kommunalen Modernisierung als Ganzes herzustellen. Grundthese ist die Einschätzung, dass die inhaltlichen und methodischen Veränderungen in den beiden Handlungsfeldern vielfältige Auswirkungen auf die Inhalte, die Strukturen, die angewandten Methoden und das Selbstverständnis der darin handelnden Akteure haben und Prozesse von erheblicher Dynamik befördern können. Dabei sind – so die zweite Grundthese – auch umfassende Auswirkungen auf die direkt oder indirekt beteiligten Institutionen und Professionen außerhalb des eigentlichen Netzwerkhandelns zu erwarten. Der Einbezug einer Institution, von Mitarbeiterinnen und Mitar-

beitern, von Kolleginnen und Kollegen in Netzwerke beeinflusst auch das weitere Personal in den Institutionen außerhalb des direkten Netzwerkbezugs. Die Partizipation an einem Netzwerk kann auch Leitungskräfte beflügeln und sich schließlich auf das Erscheinungsbild der gesamten Institution auswirken. Durch die Netzwerkbeteiligung in den Frühen Hilfen und der Gesundheitsförderung werden dann nicht nur kooperative Formen vernetzter Zusammenarbeit gestaltet, sondern es kann auch ein grundlegender Wandel des institutionellen Selbstbilds befördert werden. Offen ist dabei, ob sich die Institutionen und insbesondere die Leitungskräfte ausreichend öffnen und den Veränderungsprozess aktiv gestalten oder ob sie diese Handlungsdimension weniger im Blick haben oder ihr gar mit Verweis auf kurzfristige innere Sachlogiken ablehnend gegenüberstehen.

Vor diesem Hintergrund wird mit vorliegendem Sammelband vor allem das Ziel verfolgt, eine konstruktive Analyse zu bieten, die der Erarbeitung neuer Handlungsoptionen für Kommunen dienen soll. Angesichts der umfassenden Thematik und der vielen möglichen Perspektiven darauf vermag dieses Buch nur einen Ausschnitt der gesamten thematischen Vielfalt abbilden. Doch es kann ein differenzierter Einblick in die Thematik gegeben werden, indem ausgewiesene Expertinnen und Experten den Zusammenhang zwischen Netzwerken in Frühen Hilfen und Gesundheitsförderung und insgesamt der kommunalen Modernisierung aus unterschiedlicher fachlicher Perspektive beleuchten.

Aufbau dieses Buches

Nach einem Einführungsteil, in dem die eingangs erwähnten intentionalen Deutungsweisen von Netzwerken dargestellt werden, folgen fünf Abschnitte, die sich jeweils einem thematischen Schwerpunkt widmen.

Ausgehend von den Herausforderungen für Netzwerke in den Frühen Hilfen und der Gesundheitsförderung als erstes Teilthema des Sammelbandes fokussiert Raimund Geene in seinem Beitrag Gesundheitsförderung und Frühe Hilfen als Querschnittanforderungen an eine moderne Sozial-, Gesundheits- und Gesellschaftspolitik, um den Zusammenhang zwischen den Veränderungen in den einzelnen Handlungsfeldern aufzuzeigen und in den Gesamtkontext kommunaler Modernisierung einzuordnen. Dem schließt sich eine Auseinandersetzung mit dem methodischen Kernbegriff dieses Sammelbandes an: Netzwerke als neue Leitidee kommunalen Handelns. Herbert Schubert thematisiert darin die Etablierung des New Public Governance als ein neues Steuerungsverständnis auf kommunaler Ebene. Den Zugang zur Vernetzung im Bildungsbereich stellen Anika Duveneck und Gerhard de Haan mit ihrem Beitrag über kommunale Bildungslandschaften

her. Bildung erscheint hier als zentrales kommunales Thema und als notwendiges Bindeglied von sozial- und gesundheitspolitischen Fragestellungen, vor allem im Bereich der nachhaltigen Verankerung von Veränderungsprozessen bei den Adressaten und Adressatinnen sowie bei Kooperationen der Sozial- und Gesundheitsdienste mit Bildungsakteurinnen und -akteuren.

Unter besonderer Berücksichtigung des Neuartigen in den Frühen Hilfen als Thema des zweiten Abschnitts dieses Sammelbands beschäftigen sich Eike Quilling und Merle Müller mit den Auswirkungen der Netzwerke Frühe Hilfen auf die intersektorale Zusammenarbeit. Unter empirischem Bezug auf die Situation in einer Großstadt werden die Besonderheiten des professionellen Miteinanders thematisiert. Der Zusammenhang mit dem Alltagshandeln bleibt auch im nächsten Beitrag, der als Praxisbericht angelegt ist, erhalten. Martina Herrmann-Biert und Uwe Sandvoss sind Protagonisten der Dormagener Präventionskette und verweisen aus dieser Perspektive auf die wichtigen Schritte beim Aufbau und der Pflege einer Präventionskette im unmittelbaren kommunalen Handeln. Den Sinn der Frühen Hilfen hinterfragen Inga Wagenknecht, Uta Meier-Gräwe und Ute Ziegenhain, indem sie Kosten und Nutzen empirisch beleuchten und dabei auch Desiderate benennen. Einen ganz anderen Zugang wählen Jörg Fischer und Linda Gerigk mit einer Analyse der Frühen Hilfen als Teil einer Integrationslandschaft für Flüchtlinge. Kommunale Modernisierung erfolgt hierbei auch handlungsfeldübergreifend, aber mit einer unmittelbaren Problemrelevanz des Kooperationsbedarfs. Franziska Widmer, Stefan Eberitzsch und Anna Maria Riedi beschreiben die besonderen Charakteristika der Netzwerke Früher Förderung in der Schweiz und verbinden dies mit den spezifischen sozialpolitischen Rahmenbedingungen in unserem Nachbarland.

Im dritten Abschnitt werden die innovativen Neuerungen einer Vernetzung im Handlungsfeld Gesundheitsförderung behandelt. Aus Sicht der Gesetzlichen Krankenkassen geht Rüdiger Meierjürgen auf das Präventionsgesetz ein. Dem schließt sich eine Betrachtung des Transitionsansatzes im Zusammenhang mit den Frühen Hilfen, der im Beitrag von Raimund Geene und Susanne Borkowski entlang der Frage dargestellt wird, wie junge Mütter den Prozess der Familienwerdung erleben und wie dieser durch Institutionen aus dem Gesundheits- und Sozialbereich beeinflusst wird. In enger Verknüpfung dazu analysieren Raimund Geene und Britta Bacchetta Gesundheitsförderung vor und in der Schwangerschaft.

Auf Grundlage der Charakteristika von Frühen Hilfen und der Gesundheitsförderung werden im vierten Abschnitt vernetzte Ableitungen und Perspektiven vorgestellt, um neben den inhaltlichen Modernisierungsansätzen auch methodische Veränderungen analysieren zu können. Einen ersten Zugang zu diesem Thema suchen Jörg Fischer und Insa Schulze mit der

Frage, inwieweit sich diese Veränderungen in der kommunalen Modernisierung auch auf andere kommunale Aufgaben auswirken. Im Mittelpunkt steht dabei die Entwicklung von Planung im Übergang von einer Fachplanung hin zu integrierten Ansätzen innerhalb der Verwaltung, die nunmehr zu Planungsansätzen übergehen, die vernetzt a priori eine gesellschaftliche Perspektive einnehmen. Vertrauen, den zentralen Wert im Netzwerkhandeln, definiert Georg Cleppien als ein Grundmerkmal für Erfolg in der Fortentwicklung von vernetzten Ansätzen in den Frühen Hilfen und im Gesundheitswesen.

Im abschließenden fünften Teil werden die vernetzten Ableitungen und Perspektiven anhand ausgewählter thematischer Zugänge hinterfragt. Carsten Schröder analysiert, wie mit Angst in Netzwerken Frühe Hilfen verfahren wird und welche Widersprüche aus dem Angstmachen im Risikodiskurs der Frühen Hilfen entstehen. Dem schließen sich im nächsten Beitrag Gunther Graßhoff, Hanna Rettig, Julia Schröder an, indem sie anhand der programmatischen und institutionellen Logik Früher Hilfen den Blick auf die Adressatinnen und Adressaten strukturell beschreiben. In ihrem Beitrag zu Kindern als Akteurinnen und Akteuren in den Frühen Hilfen und der Gesundheitsförderung bezieht sich Rita Braches-Chyrek auf den Zusammenhang von Kindheitspolitik und professionellen Modernisierungsansätzen in den Handlungsfeldern Sozialer Arbeit und des Gesundheitswesens.

Besonderer Dank

Die beiden Herausgeber danken allen Autorinnen und Autoren dieses Bandes für ihre fachlichen Beiträge und die ausgezeichnete Form der Zusammenarbeit. Ein ganz besonderer Dank richtet sich an Linda Gerigk, die mit einem hohen Maß an Ausdauer und Energie für die technische Bearbeitung der Beiträge gesorgt hat. Herzlich danken möchten wir auch dem Juventa-Verlag, bei dem wir uns jederzeit gut aufgehoben gefühlt haben.

Philadelphia, Stendal und Berlin, im Januar 2017

Literatur

- Böwer, M./Fischer, J. (2014): Frühe Hilfen nach dem Ende der Bundesinitiative 2015 – Perspektiven im Übergang von der Modellförderung zum Regelangebot. In: Sozialmagazin, 39. Jg., Heft 7-8/14, S. 88–96.
- Bogumil, J./Holtkamp, L. (2013): Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung – Eine praxisorientierte Einführung. Bonn: BpB.
- Deutscher Städtetag (DST) (2011): Positionspapier Integrierte Stadtentwicklungsplanung – Strategien und Instrumente nachhaltiger Stadtentwicklung. Hannover.
- Fischer, J. (2014): Frühe Hilfen als lokale Innovation Sozialer Arbeit. In: Sozialmagazin, 39. Jg., Heft 7-8/14, S. 30-42.
- Geene, R./Reese, M. (2016): Handbuch Präventionsgesetz. Neuregelung der Gesundheitsförderung. Frankfurt a. M.: Mabuse.
- Hoffmann, T./Mengel, M./Sandner, E. (2014): Kompetenzprofil Netzwerkkoordinatorinnen und Netzwerkkoordinatoren Frühe Hilfen. Köln: NZFH. URL: http://www.fruehehilfen.de/fileadmin/user_upload/fruehehilfen.de/pdf/Publikation_NZFH_Kompetenzprofil_Netzwerkkoordinatoren.pdf [Letzter Zugriff: 07.11.2016]
- NZFH (2014): Bundesinitiative Frühe Hilfen. Zwischenbericht 2014. Mit Stellungnahme der Bundesregierung. Köln: BZgA. URL: http://www.fruehehilfen.de/fileadmin/user_upload/fruehehilfen.de/pdf/Bundesinitiative_Fruehe_Hilfen_Zwischenbericht_2014.pdf [Letzter Zugriff: 26.11.2016]
- Rödter, A. (2015): 21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart. München: C.H. Beck.
- Sann, A./Küster, E.-U. (2013): Zum Stand des Ausbaus Früher Hilfen in den Kommunen. In: NZFH – Nationales Zentrum für Frühe Hilfen (Hrsg.): Datenreport Frühe Hilfen. Köln, S. 36-45.
- Schubert, H. (2008): Netzwerkkooperation – Organisation und Koordination von professionellen Vernetzungen. In: Schubert, H. (Hrsg.): Netzwerkmanagement. Koordination von professionellen Vernetzungen – Grundlagen und Beispiele. Wiesbaden: VS, S. 7-106.
- Schubert, H. (2013): Netzwerkmanagement in der Sozialen Arbeit. In: Fischer, J./Kosellek, T. (Hrsg.): Netzwerke und Soziale Arbeit – Theorien, Methoden, Anwendungen. Weinheim: Beltz Juventa, S. 267-286.
- Vahs, D. (2003): Organisation – Einführung in die Organisationstheorie und -praxis. Stuttgart: Schäffer-Poeschel.